



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2014 – 2019

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2014/2139(DEC)

8.12.2014

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Haushaltskontrollausschuss

betreffend die Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Agenturen der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2013: Leistung, Finanzmanagement und Kontrolle (2014/2139(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme: Sylvie Guillaume

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

Organe, Ämter und Einrichtungen der Union im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

1. stellt fest, dass zahlreiche Agenturen auf dem Gebiet der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts geschaffen worden sind, verweist jedoch auf die Bedeutung und den direkten Einfluss der von den Agenturen wahrgenommenen Aufgaben auf das tägliche Leben der Bürger; betont, dass alle neuen Agenturen geschaffen worden sind, um einen tatsächlichen Bedarf zu decken; ist davon überzeugt, dass alle Agenturen in diesem Politikbereich eine eigenständige und notwendige Rolle erfüllen und einen Mehrwert für Europa schaffen;
2. empfiehlt allen Agenturen, ihr Möglichstes zu tun, um ihre Haushaltsmittel verantwortungsbewusst zu verwalten, und fordert insbesondere Verbesserungen bei der Haushaltsplanung, bei der der Bedarf nicht überschätzt werden und der Grundsatz der Jährlichkeit geachtet werden sollte; fordert die Agenturen auf, den höchstmöglichen Grad an Transparenz anzustreben; lobt die Agenturen, die bereits Anstrengungen unternommen haben, um ihre Funktionsweise zu rationalisieren und ihren Haushaltsplan auf optimale Weise einzusetzen;
3. bedauert, dass es einige Mitgliedstaaten versäumt haben, Sitzabkommen abzuschließen; befürchtet, dass dies schwerwiegende Folgen für die Bediensteten der Agenturen haben kann, und fordert die Mitgliedstaaten auf, diese Abkommen vor Beginn des nächsten Haushaltsentlastungsverfahrens zu schließen;
4. vertritt die Auffassung, dass die Tendenz, den Schwerpunkt der Berichterstattung auf die Wirksamkeit und die erzielten Ergebnisse zu legen, positiv ist; fordert, das Berichtswesen in dieser Hinsicht weiter auszubauen, damit die Agenturen ihrer demokratischen Rechenschaftspflicht besser nachkommen können;
5. vertritt generell die Auffassung, dass Verbesserungsbedarf bei den Einstellungsverfahren und unter anderem bei ihrer Transparenz besteht;
6. wünscht, dass zumindest die jährlichen Tätigkeitsberichte der Agenturen nicht nur in Englisch, sondern in allen Amtssprachen der Europäischen Union bzw. zunächst in Deutsch und Französisch veröffentlicht werden;
7. stellt fest, dass einige der auf dem Gebiet der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts tätigen dezentralen Einrichtungen operative Aufgaben wahrnehmen und die Ausführung ihrer Haushaltspläne auch von externen Faktoren abhängt;
8. fordert den Rechnungshof generell auf, den Schwerpunkt weiterhin auf die Prüfung der wirtschaftlichen Haushaltsführung der Agenturen zu legen, insbesondere der Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Effektivität, mit der die Agenturen ihre Mittel bei der

Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeiten eingesetzt haben.